



Zustellung gegen Empfangsbekenntnis

Tennet TSO GmbH
Herrn Dr. Frank-Peter Hansen
Bernecker Straße 70
95448 Bayreuth

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
06.07.2016
13.09.2016

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
608-16-005
608j

☎ (02 28)
14-5721
oder 14-0

Bonn
08.12.2016

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13b Abs. 5 EnWG zur Systemrelevanzausweisung von Kraftwerksblöcken in Ingolstadt

Aktenzeichen: 608-16-005

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber der

TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth

- Antragstellerin -

wegen

ihres Antrags auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung von Kraftwerksblöcken des Kraftwerks Ingolstadt

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn

am 08.12.2016 entschieden:

1. Der Antrag der Antragstellerin auf Genehmigung der Ausweisung der Systemrelevanz der von der Uniper Kraftwerke GmbH (vormals: E.ON Kraftwerke GmbH) betriebenen Kraftwerksblöcke

- Ingolstadt Block 3 (BNA0378)
- Ingolstadt Block 4 (BNA0379)

wird für den Zeitraum vom 01.04.2017 bis zum 31.03.2019 genehmigt.

2. Der Antragstellerin wird aufgegeben, der Bundesnetzagentur bis zum 31.03.2017 ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie die lokale Spannungshaltung in ihrem ostbayerischen Netzgebiet auf kraftwerksunabhängiger Weise ab dem 01.04.2019 gewährleistet werden kann. In dem Konzept ist auch darzustellen, ob und inwieweit die Errichtung eines Provisoriums geeignet ist, eine Vorhaltung der in Ziffer 1 genannten Anlagen ab dem 01.04.2019 entbehrlich zu machen.

Gründe:

I.

Mit Schreiben vom 17.12.2013 zeigte die Rechtsvorgängerin der Uniper Kraftwerke GmbH, die E.ON Kraftwerke GmbH, gegenüber der Bundesnetzagentur sowie gegenüber der Antragstellerin an, die nachstehenden Anlagen am Standort Ingolstadt zum 31.03.2015 endgültig stilllegen zu wollen:

Kraftwerksnr. Bundesnetz- agentur	Kraftwerksname	Blockname	Energieträger	Nettonennleistung (elektrisch) in MW laut KW-Liste der BNetzA
BNA0378	Ingolstadt	Block 3	Mineralölprodukte	386 ¹
BNA0379	Ingolstadt	Block 4	Mineralölprodukte	386

Mit Schreiben vom 11.02.2014 wies die Antragstellerin als verantwortliche Übertragungsnetzbetreiberin diese Anlagen als systemrelevant aus. Diese Systemrelevanzausweisung wurde seitens der Bundesnetzagentur antragsgemäß für einen Zeitraum von 24 Monaten (01.04.2015 bis 31.03.2017) mit Genehmigungsbescheid vom 11.04.2014 (Az.: 608-13-017) auf der Grundlage des seinerzeitigen § 13a Abs. 2 EnWG a.F. genehmigt.

Mit Schreiben vom 06.07.2016 hat die Antragstellerin die „Verlängerung der Ausweisung der Systemrelevanz für weitere 24 Monate“ für beide Anlagen beantragt. Die Bundesnetzagentur hat

¹ Die Netto-Engpassleistung des Blocks 3 beträgt gegenwärtig hingegen 375 MW.

auf diesen Antrag hin das vorliegende Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG eingeleitet. In diesem Rahmen hat die Bundesnetzagentur die Antragstellerin mit Schreiben vom 11.08.2016 aufgefordert, ihren Antrag durch die Beantwortung einer Reihe von Fragen näher zu begründen. Auch wurde die Antragstellerin aufgefordert, weitere Unterlagen zur Darlegung ihrer Begründung beizubringen. Diesen Aufforderungen ist die Antragstellerin mit Schreiben vom 13.09.2016 nachgekommen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Dem Antrag auf Ausweisung der benannten Kraftwerksblöcke in Ingolstadt als systemrelevante Anlagen ist stattzugeben. Der Antrag ist zulässig und begründet.

1. Die Antragstellerin ist als systemverantwortlicher Übertragungsnetzbetreiber antragsbefugt. Gemäß § 13b Abs. 5 Satz 2 EnWG hat der systemverantwortliche Übertragungsnetzbetreiber den Antrag auf Genehmigung der Ausweisung der Systemrelevanz von zur endgültigen Stilllegung angezeigten Anlagen mit einer Nennleistung ab 50 MW nach Prüfung der Anzeige einer Stilllegung unverzüglich bei der Bundesnetzagentur zu stellen und zu begründen.

Bei dem Schreiben der Rechtsvorgängerin der Uniper Kraftwerke GmbH vom 17.12.2013 handelt es sich um die Anzeige einer endgültigen Stilllegung von in der Regelzone der Antragstellerin gelegenen Erzeugungsanlagen. Endgültige Stilllegungen sind gemäß § 13b Abs. 3 Satz 2 EnWG Maßnahmen, die den Betrieb der Anlage endgültig ausschließen oder bewirken, dass eine Anpassung der Einspeisung nicht mehr innerhalb eines Jahres nach einer Anforderung durch den Übertragungsnetzbetreiber erfolgen kann, da die Anlage nicht mehr innerhalb dieses Zeitraums betriebsbereit gemacht werden kann. Gemäß ihrem Schreiben vom 17.12.2013 plante die E.ON Kraftwerke GmbH ausdrücklich, die Anlagen endgültig stillzulegen.

Mit Schreiben vom 11.08.2016 hat die Bundesnetzagentur der Rechtsnachfolgerin Uniper Kraftwerke GmbH Gelegenheit zur Stellungnahme zum Antrag der Antragstellerin gegeben. Mit Schreiben vom 17.08.2016 teilte diese der Bundesnetzagentur mit, dass sie keine Bedenken gegen eine Systemrelevanzausweisung für weitere 24 Monate hat.

2. Die verfahrensgegenständlichen Anlagen sind systemrelevant im Sinne des § 13b Abs. 5 Satz 1 Nr. 1, Abs. 2 Satz 2 EnWG. Eine Anlage ist gemäß § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG systemrelevant, wenn ihre Stilllegung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektri-

zitätsversorgungssysteme führen würde und diese Gefährdung oder Störung nicht durch andere angemessene Maßnahmen beseitigt werden kann.

a) Eine **Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems** liegt gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 NetzResV vor, wenn örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung von Frequenz, **Spannung** oder Stabilität durch die Übertragungsnetzbetreiber nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. § 13d Abs. 1 EnWG und § 2 Abs. 1 NetzResV stellen zudem klar, dass zu den Gründen für die Vorhaltung von Erzeugungsanlagen im Rahmen der Netzreserve insbesondere die Netzengpassbewirtschaftung, die Sicherstellung des Versorgungswiederaufbaus sowie die **Spannungshaltung** gehören.

Die Spannungshaltung dient der Aufrechterhaltung eines bedarfsgerechten Spannungsprofils im Netz und wird durch eine ausgeglichene Blindleistungsbilanz erreicht; Letztere hängt vom jeweiligen Blindleistungsbedarf des Netzes und der Netzanschlusskunden ab.² Blindleistung wird insoweit zum Aufbau von magnetischen Feldern (z.B. in Motoren, Transformatoren) oder von elektrischen Feldern (z.B. in Kondensatoren, Kabeln, Leitungen) benötigt.³

Die Antragstellerin begründet ihren Antrag zum einen mit einer Notwendigkeit der beiden verfahrensgegenständlichen Anlagen für die lokale Spannungshaltung und zum anderen mit einem Bedürfnis danach, zumindest einen der beiden Blöcke für strombedingte Redispatch-Einsätze zu nutzen.

Die Antragstellerin hat zur Überzeugung der Bundesnetzagentur dargelegt, dass die beiden verfahrensgegenständlichen Anlagen zum Zwecke der **lokalen Spannungshaltung** zumindest bis zum 31.03.2019 benötigt werden. Aufgrund der gegenwärtig ansonsten fehlenden Möglichkeiten zur Einspeisung von Blindleistung auf lokaler Ebene wäre ohne die Vorhaltung der beiden Anlagen in der Netzreserve eine Verletzung von Spannungsgrenzwerten zu besorgen. Diese Risikoprognose basiert auf Erfahrungswerten. So wurden beide Blöcke in den vergangenen Jahren sowie im laufenden Jahr regelmäßig zu Zwecken der Spannungshaltung angefordert. Aus den der Bundesnetzagentur übermittelten Einsatz- und Steuerungsberichten⁴, den mit Schreiben der Antragstellerin vom

² Siehe Transmission Codes 2007, Version 1.1., August 2007, S. 84.

³ Siehe VGB PowerTech e.V., VGB-Standard „Windenergieanlagen (WEA) – Definitionen und Kennwerte“ (2016), S. 31.

⁴ Quartalsmeldungen der Netzbetreiber zu Einspeisemanagement und Redispatchmaßnahmen sowie Meldungen der ÜNB im Rahmen des sog. Week-Ahead-Planning-Process (WAPP).

13.09.2016 übermittelten Daten⁵ sowie den Veröffentlichungen auf der Informationsplattform der deutschen Übertragungsnetzbetreiber⁶ geht hervor, dass die beiden Blöcke seitens der Antragstellerin immer wieder, insbesondere in lastschwachen Zeiten für spannungsbedingte Redispatch-Einsätze angefordert wurden.

b) Diese Gefährdung der lokalen Spannungshaltung kann gegenwärtig auch noch **nicht durch andere angemessene Maßnahmen** als durch den positiven Redispatch-Einsatz der Anlagen Ingolstadt 3 und 4 **beseitigt** werden, § 13b Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 2 EnWG. Ursächlich für die bisherigen Einsätze der beiden Ingolstädter Erzeugungsanlagen zu Zwecken der Spannungshaltung ist das Fehlen gleich effektiver Alternativen für die Bereitstellung von Blindleistung im ostbayerischen 220-kV-Netzgebiet der Antragstellerin.

Wie die Antragstellerin glaubhaft dargelegt hat, könnte insbesondere mit einem alternativen Einsatz von Erzeugungseinheiten des Kraftwerks Irsching lediglich ein deutlich geringerer Einfluss auf die Spannungshaltung im 220-kV-Netzgebiet Ostbayern genommen werden. Der Verzicht auf die Vorhaltung der verfahrensgegenständlichen Anlagen mit Verweis auf die Einsatzmöglichkeit des Kraftwerks Irsching wäre nach gegenwärtigem Kenntnisstand daher nicht geeignet, die Gefahr einer Spannungsgrenzwertverletzung im Übertragungsnetz der Antragstellerin hinreichend sicher auszuschließen.

Der Antragstellerin stehen auch für die nahe Zukunft, zumindest für den Bewilligungszeitraum bis Ende März 2019, keine verlässlichen Alternativen zu den verfahrensgegenständlichen Anlagen des Kraftwerks Ingolstadt für die lokale Spannungshaltung zur Verfügung.

Grundsätzlich hat die Antragstellerin lokale Spannungsprobleme gemäß § 11 Abs. 1 EnWG durch eine bedarfsgerechte Verstärkung ihres Übertragungsnetzes zu beheben. Netzverstärkungen im Sinne dieser Vorschrift sind alle Investitionen in konkrete Betriebsmittel und damit in bestehende Netzstrukturen unterhalb der Ebene des Netzausbaus.⁷ Zu solchen Investitionen gehören auch der Bau und die Installation von Blindleistungskompensationsanlagen. Solche Anlagen können Blindleistung aufnehmen bzw. abgeben und dadurch zu einer Stabilisierung und Entlastung der Netze beitragen⁸. Gemäß § 12 Abs. 3 Satz 2 EnWG ist die Antragstellerin gehalten, zum Zwecke der Wahrung der Versorgungssicherheit im Rahmen des technisch Möglichen geeignete technische Anlagen zur Bereitstellung von Blindleistung sodann auch zu nutzen, wobei es sich bei diesen Anlagen ausdrücklich gerade nicht um Erzeugungsanlagen handeln soll. Zu diesem

⁵ Anhang 3 des Schreibens der Antragstellerin vom 13.09.2016.

⁶ Abrufbar unter www.netztransparenz.de (Stand: 08.12.2016).

⁷ Sötebier, in: Britz/Hellermann/Hermes, EnWG, 3. Auflage (2015), Rn. 58.

⁸ Theobald/Theobald, 3. Aufl. (2013), Grundzüge EnWR, S. 218.

Zweck hat die Antragstellerin mittelfristig statt der weiteren Vorhaltung der Erzeugungsanlagen in Ingolstadt den Bau und die Inbetriebnahme von entsprechend geeigneten, mittelfristig (kosten-)effizienteren Netzbetriebsmitteln vorzunehmen.

Die Antragstellerin führt plausibel aus, dass die Inbetriebnahme derartiger Anlagen noch vor dem Ende des Ausweisungszeitraums, dem 31.03.2019, nicht zu erwarten ist.

In diesem Zusammenhang führt die Antragstellerin im Anhang 2 ihres Schreibens vom 13.09.2016 eine Reihe von ihrerseits aktuell realisierten bzw. gegenwärtig in der Planungsphase befindlichen Investitionsvorhaben zum Bau diverser Kompensationsanlagen auf. Bei diesen handelt es sich im Wesentlichen um die Vorhaben aus dem Antrag der Antragstellerin vom 31.03.2014 auf Genehmigung von Investitionsmaßnahmen nach § 23 ARegV. Die Antragstellerin verweist insoweit darauf, dass die von ihr mit Schreiben vom 13.09.2016 hervorgehobenen ihrerseits geplanten Maßnahmen eine vergleichsweise geringe Relevanz für die Blindleistungskompensation im 220-kV-Netz im Raum Ostbayern haben werden. Dies gelte sowohl für den geplanten Umbau der 220-kV-Anlagen im Umspannwerk Irsching, die dortige Ersetzung der beiden 220/110-kV-Netzkuppler durch 380/110-kV-Direktkuppler als auch für die Errichtung einer 380-kV-Ladestromkompensationsspule im Umspannwerk Altheim. Letztere könne nur ca. 30 MVar Blindleistung bereitstellen, wohingegen jeder der verfahrensgegenständlichen Ingolstädter Blöcke bereits bei einer abgerufenen Mindestlast von 40 MW in der Lage sei, eine Blindleistung in Höhe von 180 MVar im untererregten Betrieb bereitzustellen.

Darüber hinaus kann nach Einschätzung der Antragstellerin die Spannungshaltung in ihrem südlichen Netzgebiet auch bei einer vollständigen Umsetzung aller in Anhang 2 ihres Schreibens vom 13.09.2016 aufgeführten, gegenwärtig geplanten Kompensationsanlagen frühestens ab dem Jahr 2023 kraftwerksunabhängig sichergestellt werden. Da der vorliegend beschiedene Antrag sich entsprechend der gesetzlichen Soll-Vorschrift in § 13b Abs. 5 Satz 9 EnWG nicht auf den Zeitraum zwischen 2019 und 2023 bezieht, bedarf es an dieser Stelle keiner näheren Betrachtung der etwaigen Systemrelevanz für diesen weitergehenden Zeitraum. Vor dem Hintergrund des gesetzlichen Vorrangs „anderer angemessener Maßnahmen“ gegenüber dem Stilllegungsverbot nach § 13b EnWG wird der Antragstellerin aber aufgegeben, der Bundesnetzagentur bis zum 31.03.2017 ein Konzept vorzulegen, aus dem hervorgeht, wie die lokale Spannungshaltung in ihrem ostbayerischen Netzgebiet auf kraftwerksunabhängiger Weise ab 01.04.2019 gewährleistet werden kann.

c) Die endgültige Stilllegung der beiden Kraftwerksblöcke in Ingolstadt würde mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer **nicht unerheblichen Gefährdung** der Sicherheit

und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems im Sinne des § 13b Abs. 2 Satz 2 EnWG führen. Maßstab für die Beurteilung der Erheblichkeit der Gefährdungslage ist gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 NetzResV der Erhalt der Systemsicherheit unter Berücksichtigung der anerkannten Regeln der Technik für den sicheren Netzbetrieb im Sinne von § 49 Abs. 1 Satz 2 EnWG.

Zu den allgemein anerkannten Regeln der Technik im Sinne des § 49 Abs. 1 Satz 2 EnWG zählen sämtliche technischen Regeln, die von der Mehrheit der Fachleute als aktuell richtig anerkannt werden und die sich zudem bereits in der Praxis bewährt haben.⁹ Aus dem Kapitel B ("Voltage control and reactive power management") der Policy 3 (P3 – "Operational Security") des UCTE Operation Handbook, das sich ENTSO-E zu eigen gemacht hat, ergeben sich die insoweit maßgeblichen allgemein anerkannten Regeln der Technik des sicheren Netzbetriebs zwecks Spannungshaltung.¹⁰ Zukünftig werden diese Regeln abgelöst durch die Vorschriften über die Spannungsregelung und das Blindleistungsmanagement der EU-Verordnung zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb (sog. „System Operation Guideline“). Diese EU-Verordnung wird aller Voraussicht nach im Laufe des Jahres 2017 in Kraft treten. Nach beiden Regelwerken ist jeder ÜNB verpflichtet, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Spannungsgrenzwertverletzungen zu vermeiden bzw. zu beheben.

d) Die Antragstellerin nimmt mit ihrer Systemrelevanzausweisung zu Recht an, dass die endgültigen Stilllegungen der verfahrensgegenständlichen Kraftwerksblöcke in Ingolstadt mit **hinreichender Wahrscheinlichkeit** zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führen.

Die Vorschrift in § 13b EnWG verlangt nicht, dass ein als „sicher“ feststehender Kausalzusammenhang zwischen der stilllegungsbedingten Nichtverfügbarkeit der betreffenden Erzeugungseinheiten und der Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Betriebs des Übertragungsnetzes vorliegen muss. Es reicht vielmehr aus, wenn die Nichtverfügbarkeit mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer Beeinträchtigung des sicheren und zuverlässigen Netzbetriebs führt. Vor dem Hintergrund des überragenden öffentlichen Interesses an der gesicherten Elektrizitätsversorgung von Bürgern, Unternehmen und staatlichen Einrichtungen ist es vorliegend nicht geboten, übermäßige Anforderungen an das Maß der Eintrittswahrscheinlichkeit zu stellen.

⁹ Bourwieg, in: Britz/Hellermann/Hermes, EnWG, 3. Auflage (2015), § 49 Rn. 6.
¹⁰

https://www.entsoe.eu/fileadmin/user_upload/_library/publications/entsoe/Operation_Handbook/Policy_3_final.pdf (Stand: 01.12.2016).

Bei der Systemrelevanzprüfung war die Antragstellerin daher gehalten, einen entsprechend vorsichtigen Maßstab anzulegen. Gemäß der ordnungsrechtlichen „je-desto-Formel“ hängt die rechtlich noch akzeptable Schadenseintrittswahrscheinlichkeit vom möglichen Schadensumfang ab. Dementsprechend ist bei denkbaren Kausalverläufen mit potentiell großen Schäden eine geringere Eintrittswahrscheinlichkeit zu verlangen, als bei Ursachenverkettungen mit potentiell begrenztem Schadensausmaß.¹¹ An die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts sind mithin umso geringere Anforderungen zu stellen, je größer der zu erwartende Schaden und je ranghöher das vom Gesetz geschützte Schutzgut sind. Diesem Maßstab ist die Antragstellerin bei ihrer Systemrelevanzausweisung der beiden Anlagen in Ingolstadt gerecht geworden. Gemessen an dem volkswirtschaftlichen Schaden eines unkontrollierten flächendeckenden Stromausfalls hat die Antragstellerin mit der Annahme der Systemrelevanz der verfahrensgegenständlichen Anlagen für die lokale Spannungshaltung einen nicht zu beanstandenden Maßstab an die Wahrscheinlichkeit des Gefahren Eintritts angelegt.

3. Ob die Anlagen darüber hinaus auch im Hinblick auf den *strombedingten* Redispatch-Einsatz systemrelevant sind, kann in Anbetracht der Notwendigkeit der Vorhaltung der Anlagen für den *spannungsbedingten* Redispatch-Einsatz dahinstehen. Insoweit ist es vorliegend auch ohne Belang, dass der Bedarf an strombedingtem Redispatch mit der für den 03.07.2018 anvisierten Einführung eines Engpassmanagementverfahrens an der deutsch-österreichischen Grenze sinken wird. Auch die zum 31.03.2017 zu treffende Feststellung über mögliche Netzstabilitätsanlagen nach § 13k EnWG hat unmittelbar keine Auswirkungen auf die Systemrelevanz im Ausweisungszeitraum, da hierdurch erst Sachverhalte ab dem Jahr 2021 betroffen sind.
4. Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Umfang der Anlage zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Die Antragstellerin durfte die Ausweisung der Systemrelevanz auf die gesamte Nennleistung der beiden Kraftwerksblöcke in Ingolstadt beziehen. Allerdings ist für die Anforderung des Blocks Ingolstadt 3 nicht die elektrische Netto-Nennleistung maßgeblich, wie sie sich aus der Kraftwerksliste der Bundesnetzagentur ergibt. Vielmehr ist allein die physikalisch für Netzstabilitätsmaßnahmen der Antragstellerin heranziehbare Netto-Engpassleistung des Blocks 3 entscheidend. Diese beträgt aufgrund einer zwischenzeitlich erfolgten Verkürzung der Schaufelblätter des Rotors um einige Zentimeter lediglich noch 375 MW.
5. In zeitlicher Hinsicht ist die Ausweisung der Systemrelevanz durch die Antragstellerin für den Zeitraum vom 01.04.2017 bis zum 31.03.2019 zu Recht erfolgt.

¹¹ Zum Ganzen vgl. Bourwieg, in: Britz/Hellermann/Hermes, EnWG, 3. Auflage (2015), § 49 Rn. 5.

Nach § 13b Abs. 5 Satz 8 EnWG ist die Ausweisung auf den Zeitraum zu beschränken, der erforderlich ist, um die Gefährdung abzuwenden. Dabei soll die Ausweisung gemäß § 13b Abs. 2 Satz 8 EnWG grundsätzlich eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten. Antragsgemäß wird ein dieser Soll-Vorschrift entsprechender Ausweisungszeitraum genehmigt. Dies ist erforderlich, weil neue Blindleistungskompensationsanlagen bis zum Ende des hiesigen Ausweisungszeitraums, dem 31.03.2019, jedenfalls nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit gebaut und in Betrieb genommen werden können. Ein solches Vorhaben ist von Umständen abhängig, auf die die Antragstellerin zwar einen erheblichen, aber für die Zwecke der im Rahmen des vorliegenden Verfahrens vorzunehmenden Risikobetrachtung nicht hinreichenden Einfluss nehmen kann. Die Antragstellerin verweist insoweit nicht zu Unrecht auf Genehmigungsprozesse, Verträge mit Dienstleistern, Grundstückserwerb und dergleichen Umstände mehr. Unbeschadet dessen ist die Antragstellerin aber gemäß § 11 Abs. 1 EnWG verpflichtet, die benannten Baumaßnahmen in der Region zügig voranzutreiben, um einen übermäßigen Verbleib der beiden Anlagen in der Netzreserve zu vermeiden.

Der Ausweisungszeitraum beginnt nach Ablauf des vorherigen Ausweisungszeitraums aus dem Genehmigungsbescheid vom 11.04.2014 (Az.: 608-13-017), und endet mit dem Ablauf des neuerlichen Ausweisungszeitraums, d.h. mit Ablauf von weiteren 24 Monaten. Somit beginnt der Ausweisungszeitraum gemäß § 31 Abs. 1 VwVfG i.V.m. § 187 Abs. 1 BGB am 01.04.2017 um 00:00 Uhr und würde gemäß § 31 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 VwVfG i.V.m. § 188 Abs. 2 BGB am Montag, den 01.04.2019 um 24:00 Uhr enden. Unter Anwendung des § 31 Abs. 3 Satz 2 VwVfG wird allerdings hiermit bestimmt und mitgeteilt, dass das Fristende auf Sonntag, den 31.03.2019, 24:00 Uhr fällt.

6. Da die ausgewiesenen Anlagen systemrelevant sind, ist der Antrag zu genehmigen. Ein Ermessen kommt der Bundesnetzagentur insoweit nicht zu.

III.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung dieser Entscheidung Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die

Erklärung, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, den 08.12.2016



Karsten Bourwieg

(Stellvertretender Abteilungsleiter Energieregulierung)